

## **KRISE ALS ALLTAG**

### **Kommunalpolitik in Zeiten multipler Problemlagen und zunehmender Planungsunsicherheit**

#### **Haushaltsrede 2023**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

in den vergangenen zwei Jahren sprach ich darüber, welche Herausforderung die Bewältigung der Corona-Krise für uns darstellt – immer in der Hoffnung, dass wir es mit einer Ausnahmesituation zu tun haben, die irgendwann endet.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. In Anbetracht der letzten Jahre, der aktuellen Situation und der Zukunftsprognosen glaube ich inzwischen, dass die Krise auf absehbare Zeit zum Normalzustand wird.

Bundeskanzler Olaf Scholz sprach nach Beginn des russischen Angriffskrieges von einer „Zeitenwende“. Gemünzt auf dieses völkerrechtswidrige Ereignis ist das ein passender Begriff. Was wir aber seit Beginn des Jahres erleben, ist nicht eine singuläre historische Zäsur, sondern eine Gemengelage aus vielen ungewohnten Zuständen und Entwicklungen.

Wir erleben einen Zeitenwandel. Energie ist von einer Selbstverständlichkeit zu einem knappen Gut geworden. Auch andere Dinge sind plötzlich rar – hauptsächlich, weil die Lieferketten nicht mehr so reibungslos funktionieren, die russischen Energielieferungen gestoppt sind und an vielen wichtigen Stellen Arbeitskräfte fehlen. Das wirkt sich auf die

Preise aus. Die Energiekosten haben sich vervielfacht und die Inflation ist so hoch wie seit 70 Jahren nicht mehr.

### **Anerkennung von veränderten Rahmenbedingungen**

Wir leben in Zeiten zunehmender Unsicherheit in einer zunehmend vernetzten Welt. Nationale Krisen wirken sich immer schneller international aus. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen, die unsere Kreispolitik und die Arbeit im Landratsamt bestimmen, verändert.

Die Fachdienste der Kreisverwaltung haben seit März 2020 Herausragendes geleistet und viele Corona-bedingte Zusatzaufgaben übernommen. Und wir haben trotz des hohen zusätzlichen Arbeitspensums dafür gesorgt, dass der Staat inmitten einer weltweiten Pandemie weiter funktioniert. Dafür mussten wir Prioritäten setzen und uns primär auf Kernaufgaben konzentrieren.

Diese Krise hat zwei Dinge deutlich gezeigt:

- Einerseits wie leistungswillig und leistungsfähig die öffentliche Verwaltung, gerade auf kommunaler Ebene, ist.
- Andererseits aber, dass sie, bei allem Leistungswillen, auch Belastungs- und Kapazitätsgrenzen hat.

Die Globalisierung hat ein empfindliches System von Abhängigkeiten und Zusammenhängen geschaffen, das sehr störanfällig ist. Wir müssen uns darauf einstellen, dass der Krisenmodus ein Stück weit Alltag wird und gleichzeitig die Belastungs- und Kapazitätsgrenzen der öffentlichen Verwaltung anerkennen – ansonsten droht die Überlastung der kommunalen Ebene und es kommt der Moment, an dem der Staat nicht mehr funktioniert.

Um das zu verhindern, müssen wir die Aufgaben des Staates und der öffentlichen Verwaltung dringend gesamtgesellschaftlich diskutieren. Es geht dabei nicht um die Verlagerung von Aufgaben auf andere Ebenen. Die kommunale Ebene will und wird ihrer Verantwortung weiterhin gerecht werden. Wir müssen aber kritisch hinterfragen, wie und in welchem Umfang sie das in einem Dauerkrisenmodus tun kann. Wie kürzlich auch vom Gemeindetag gefordert, müssen wir dringend eine Diskussion über die Standards führen. Denn nur wenn die Kreisverwaltungen sowie die Städte und Gemeinden die rechtlichen, bürokratischen und finanziellen Voraussetzungen erhalten, um flexibel auf Störungen und Krisen reagieren zu können, sind sie in der Lage diese zu meistern.

### **Zeitenwandel erfordert Bewusstseinswandel**

Auch die Gesellschaft muss sich auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen. Im letzten halben Jahr ist deutlich geworden, welche hohe Lebensqualität wir in Deutschland gewohnt sind. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist der Wohlstand in unserem Land unaufhörlich gewachsen. Das hat die gesellschaftlichen Ansprüche verändert: Ob Flugreisen, PKW oder Elektrogeräte – was gestern noch Luxus war, wird heute vielfach als Standard angesehen. Gleiches ist im Bereich des Sozialstaates geschehen: Mit einem steigenden Leistungsangebot sind auch die Erwartungshaltungen kontinuierlich gestiegen. Dadurch ist eine „Vollkasko-Mentalität“ entstanden: Es ist nie genug, und gerade in Krisenzeiten wird gerne mehr Geld für alle und alles gefordert. Wie das finanziert werden soll, interessiert meistens nicht. Vielen Bürgerinnen und Bürger ist nicht klar, dass der Staat nur das verteilen kann, was sie, die Bürgerinnen und Bürger, an Steuern und Abgaben bezahlt haben. Hier braucht es drin-

gend einen Bewusstseinswandel! Denn wir können weder in der aktuellen Situation noch mit Blick in die Zukunft von beständig höheren Steuereinnahmen ausgehen. Und eine weitere Verschuldung geht zu Lasten unserer Kinder und Enkel. Das wäre aus meiner Sicht kein verantwortliches, generationengerechtes Handeln.

### **Wirtschaftslage**

Die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die deutsche Wirtschaft sind schwerwiegend. Hohe Energiekosten und Lieferengpässe belasten alle Bereiche. Gleichzeitig dämpft die hohe Inflation die Kauflust spürbar. Bislang hat die Erholung in den einst pandemie-beeinträchtigten Dienstleistungsbereichen die rückläufige Industrieproduktion kompensiert. Auch das Beschäftigungsniveau hat im vergangenen Jahr wieder Werte wie vor der Corona-Krise erreicht – aktuell verzeichnen wir eine Arbeitslosenquote von 2,3 Prozent. Wie es wirtschaftlich aber weitergehen wird, ist unklar.

Während das Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2022 noch leicht stieg und knapp das Niveau des vierten Quartals 2019 erreichte, erwartet uns für den Rest des Jahres eine Stagnation der Wirtschaftsleistung oder im besten Fall ein schwach positives Wachstum. Für 2023 prognostizieren die Wirtschaftsinstitute angesichts der Energiekrise ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung und damit eine Rezession. Sie rechnen zudem mit einer Inflationsrate von 8,8 Prozent, die dann über der Teuerungsrate des laufenden Jahres läge.

Die Unsicherheiten sind gewaltig, deshalb steht diese Prognose auf wackligen Beinen. Niemand weiß, wie sich die Pandemie, der Ukraine-

Krieg, die Lieferengpässe, die Inflation und die Lage der Energieversorgung entwickeln werden.

### **Eckpunkte / Einflussgrößen des Haushalts**

Der Krisenmodus schlägt sich auch im Kreishaushalt 2023 nieder. Mit einem Volumen von rund 305,3 Millionen Euro liegt er deutlich über dem Vorjahresniveau.

Wir profitieren im Haushalt 2023 noch von den gestiegenen Steuereinnahmen der Kommunen im Landkreis und der Ausschüttung der OEW. Die vorläufige Steuerkraftsumme der Kreisgemeinden ist im Vergleich zum Vorjahr um knapp 10 Millionen Euro gestiegen. Auch die OEW-Ausschüttung fällt mit 10,5 Millionen Euro etwas höher aus, als in den beiden vergangenen Jahren.

### **Investitionen**

Im Bereich der Investitionen liegen wir im kommenden Jahr mit 15,6 Millionen Euro erneut weit unter den üblichen Größenordnungen.

Für das Jahr 2023 sind folgende Investitionsschwerpunkte vorgesehen:

- Das Alb-Donau-Klinikum mit rund 5,5 Millionen Euro,
- unsere Kreisstraßen und Radwege mit etwa 4,7 Millionen Euro,
- sowie 1 Million Euro für den Grunderwerb und die Planung der Erweiterung unseres Gebäudes B.

Ich habe es im letzten Jahr schon erwähnt – so wird es nicht weitergehen. Ab 2025/26 folgt auf die Investitionsdelle dann die Investitionswelle. Oder deutlicher formuliert: Wir wollen einen ordentlichen „Investitions-

Tsunami“ starten. Auf der Agenda stehen die Investitionen für die Sonderbacher Steige, die Schulen, den Neubau des Alb-Donau-Klinikums in Ehingen, die energetischen Sanierungen unserer Gebäude und die vorgesehene räumliche Erweiterung der Kreisverwaltung.

### **Massive Kostenerhöhungen in allen Bereichen**

Gestiegene Steuereinnahmen und eine höhere OEW-Ausschüttung bei gleichzeitig niedriger Investitionstätigkeit – das klingt in normalen Zeiten nach einem guten Ergebnis. Es ist aber anders: Beides hilft uns angesichts der explodierenden Kosten in vielen Bereichen 2023 nur bedingt.

„Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert“ ist ein in der Finanzpolitik gern gebrauchter Spruch. Wir haben ihn im besten Sinne beherzigt. Ich habe meine Haushaltsreden in den vergangenen Jahren bei guter Finanzlage bewusst vorsichtig formuliert. Und Sie als Kreisgremium haben mit Ihren Beschlüssen wichtige Zukunftsweichen gestellt und dennoch kluge Vorsorge getroffen. Gemeinsam haben wir eine solide Finanzlage geschaffen. Und wir tun gut daran. Denn die Haushalte der kommenden Jahre werden immer anspruchsvoller. Wir haben ab 2025/26 ein großes Investitionspaket vor uns. Prognosen gehen mittelfristig von sinkenden Steuereinnahmen aus. Gleichzeitig werden die drängenden Zukunftsthemen unserer Gesellschaft, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, erhebliche zusätzliche Ausgaben und Anstrengungen erfordern. Und darüber hinaus – das haben die letzten zwei Jahre gezeigt – müssen wir mit dem Unerwarteten rechnen. Sich krisenfest machen bedeutet auch, sich finanzielle Handlungsspielräume erhalten.

Und diese werden schon mit dem Haushalt 2023 deutlich kleiner. Zwar können wir in diesem Jahr die Verschuldung nochmals reduzieren. Die

hohen Energiepreise, die Inflation und die Ausgaben für den Ausbau des ÖPNV wirken sich aber so stark aus, dass wir erstmals seit Bestehen des Alb-Donau-Kreises mit einem negativen Ergebnis planen– und zwar in Höhe von 3,2 Millionen Euro. Mit den Investitionen ergibt sich insgesamt ein Finanzierungsmittelbedarf von 7,5 Millionen Euro! Das ist ein deutliches Signal. Die „unbeschwerten Jahre“ sind vorbei, wir müssen uns nun auf das Wesentliche konzentrieren.

Auf der Aufwands- und Ausgabenseite ist weiter zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen um rund 3,4 Millionen Euro steigen, das Defizit im Sozialhaushalt erneut um rund 2,3 Millionen Euro auf 88,4 Millionen anwächst und das betriebliche Defizit des Alb-Donau-Klinikums mit 6,8 Millionen Euro erneut deutlich höher ausfällt als in Normaljahren.

### **Kreisumlage**

Die Auswirkungen der Energiekrise treffen uns alle – die Kreisverwaltung genauso wie die Städte und Gemeinden.

Deshalb sehe ich in unserem Haushaltsentwurf trotz der angespannten Haushaltssituation keine Erhöhung der Kreisumlage vor. Im Sinne des guten partnerschaftlichen Miteinanders, das wir seit Jahren in der kommunalen Familie pflegen, möchte ich Ihnen, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, vorschlagen, sie bei 26,5 Prozent zu belassen und das Defizit im Ergebnishaushalt durch eine Entnahme aus der Rücklage auszugleichen. Ich möchte unsere Möglichkeiten im Kreishaushalt nutzen, um die Städte und Gemeinden in diesen ohnehin schwierigen Zeiten nicht noch stärker zu belasten.

## **Aufgabenzuwachs in der Kreisverwaltung**

Für eine nachhaltige Kreisentwicklung in Zeiten zunehmender Unsicherheiten müssen wir krisenfester werden. Eine zentrale Rolle dabei wird unsere personelle Ausstattung einnehmen. Die Kreisverwaltung ist in der jüngeren Vergangenheit ständig gewachsen. Die Bundes- und Landesregierung haben immer mehr Aufgaben an die kommunale Ebene delegiert, neue Aufgaben beschlossen und zudem die Standards in vielen Bereichen deutlich angehoben. Dies und die von uns beschlossenen wichtigen Zukunftsprojekte, wie etwa die Nachhaltigkeitsstrategie, machen die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich.

Darüber hinaus erforderte die Bekämpfung der Pandemie und die Aufnahme der Kriegsvertriebenen aus der Ukraine unvorhergesehen und schlagartig einen enormen Personalbedarf. Beide Situationen ließen sich nur bewältigen, weil wir innerhalb unserer eigenen Belegschaft Personal umgeschichtet und Aufgaben priorisiert haben.

## **Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten**

So mussten wir nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges im März 2022 eine Koordinierungsstelle für die Unterbringung und Versorgung von Kriegsflüchtlingen einrichten. Waren die Zugänge von Kriegsbeginn bis Mitte Juli konstant, so hat seither die Zahl der Geflüchteten dramatisch zugenommen. Schon Mitte September hatte Baden-Württemberg mehr Geflüchtete aufgenommen als in den Jahren 2015 und 2016 zusammen. In den letzten drei Monaten kamen bis zu 100 Menschen wöchentlich im Alb-Donau-Kreis an. Allein mit dem Personal des Fachdienstes Flüchtlinge, Integration, staatliche Leistungen wäre die Unterbringung und Betreuung so vieler Menschen nicht zu stemmen gewesen. Angesichts des

Fachkräftemangels ist es nicht möglich, die personellen Kapazitäten für die Sozialbetreuung analog zum Tempo der Zuweisungen aufzubauen. Daher erfolgen auch hier Verstärkungen aus anderen Bereichen unseres Hauses.

Nach über zwei Jahren kräftezehrender Pandemie und einer breiten Unterstützung des Fachdienstes Gesundheit durch andere Fachdienste, übernehmen also schon wieder Teile unserer Belegschaft Sonderaufgaben. Das können wir nur tun, weil die Kolleginnen und Kollegen in deren eigentlichen Tätigkeitsfeldern diesen Ausfall so gut es geht auffangen. Für diese außerordentlich hohe Einsatzbereitschaft und dieses enorme Engagement möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes an dieser Stelle ganz herzlich danken!

Der Situation entsprechend haben wir die Anzahl der Plätze für Geflüchtete in den Gemeinschaftsunterkünften deutlich erhöht: Von 447 Plätzen in sieben Unterkünften Ende 2021 auf aktuell rund 1.600 Plätze in 24 Unterkünften. Im September konnten wir nicht mehr so schnell Unterkünfte aufbauen, wie die Zugangszahlen stiegen. Zum ersten Mal musste eine Mehrzweckhalle als Notunterkunft belegt werden.

Zusätzlich zu den uns vom Land zugewiesenen Flüchtlingen wurden viele ukrainische Kriegsvertriebene im Alb-Donau-Kreis direkt in privaten Unterkünften aufgenommen. Das wirft ein Schlaglicht auf die große zivilgesellschaftliche Hilfsbereitschaft, die wir seit Beginn des Krieges verzeichnen. Ich bedanke mich herzlich bei allen Bürgerinnen und Bürgern im Alb-Donau-Kreis, die sich in der Aufnahme dieser Menschen engagieren. Mein ganz besonderer Dank gilt den Helferkreisen und den vielen Ehrenamtlichen, welche den Begriff der Willkommenskultur mit Leben

füllen und die Geflüchteten in ihrem Alltag unterstützen. Auch in dieser Krise zeigt sich wieder, dass das Ehrenamt eine tragende Säule unserer Gesellschaft ist.

Rund 2.400 Menschen aus der Ukraine leben derzeit in unserem Landkreis und auch die Zahl der Geflüchteten aus anderen Ländern ist deutlich gestiegen. Die kurzfristige Beschaffung von Wohnraum, sowie die Beratung, Betreuung und Integration so vieler Geflüchteter bedeutet für uns genauso wie für die Städte und Gemeinden eine enorme Anstrengung.

Auch unsere Ausländerbehörde ist extrem gefordert. Durch die Anwendung der Massenzustrom-Richtlinie erfolgt eine breite Aufgabenverlagerung von der Bundes- und Landesebene auf den Landkreis, allein schon deshalb, weil die Menschen direkt zu uns kommen und unsere Ausländerbehörde dann die gesamte ausländerrechtliche Behandlung durchführen muss. Das ist ein erheblicher zusätzlicher Arbeitsaufwand. Allein die Erstregistrierung der ukrainischen Geflüchteten beschäftigt 7,4 Vollzeitäquivalente – andere EU-Länder nehmen die Erstregistrierung bereits an ihren Außengrenzen vor. Auch mit dem geplanten Chancenaufenthaltsrecht dürfte das Arbeitspensum der Ausländerbehörde in 2023 weiter deutlich steigen.

### **Sozialausgaben**

Zusammen mit der von der Bundesregierung angekündigten Umsetzung des Bürgergelds hat der Ukraine-Krieg erhebliche Auswirkungen auf die Sozialausgaben. Der Bereich Jugend und Soziales ist mit schätzungsweise 145 Millionen Euro auch in diesem Jahr wieder der größte Posten

in unserem Haushalt. Die Sozialausgaben steigen somit weiter und liegen mit einem Defizit von über 88 Millionen Euro über dem Aufkommen aus der Kreisumlage.

Das Wort „schätzungsweise“ hat für das Jahr 2023 im Sozialbereich besonderes Gewicht, da wir aktuell noch nicht eindeutig sagen können, wie sich bestimmte Gegebenheiten tatsächlich im Haushalt niederschlagen werden.

Klar ist aber, dass...

- sich die hohen Energiepreise in den Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten und in der Grundsicherung deutlich bemerkbar machen werden,
- durch den Rechtskreiswechsel ukrainischer Kriegsflüchtlinge eine erhebliche Fallzahlensteigerung im SGB II und SGB XII zu erwarten ist,
- die Wohngeldreform ab dem 1. Januar nach Schätzungen des Bundes zu einer Verdreifachung der Leistungsberechtigten führen wird,
- und auch durch die Umsetzung des Bürgergeldes zusätzliche Kosten entstehen werden.

Wir haben versucht, diese Faktoren in den Haushaltsansätzen bestmöglich zu berücksichtigen. Da allerdings bislang lediglich der Regierungsentwurf zum Bürgergeld vorliegt und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der immer noch anhaltenden Corona-Pandemie nicht abschließend bewertet werden können, sind die Planungen für das Haushaltsjahr 2023 von großer Unsicherheit gekennzeichnet.

## **BTHG**

Die Reform des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) beschäftigt uns seit mehreren Jahren intensiv. Schon zum 1. Januar 2021 trat der neue Landesrahmenvertrag in Kraft, der einheitliche Standards für die Angebote der Eingliederungshilfe auf örtlicher Ebene garantieren soll. Nach den ausgesprochen zähen Abstimmungen auf Landesebene können die Aufwendungen und Erträge für die jeweiligen Leistungen sowie die reformbedingten Mehrausgaben erstmalig für 2023 kalkuliert werden. Allein die reformbedingten Mehrausgaben betragen rund 2 Millionen Euro.

## **Personal: Mitarbeiter-Bindung und Fachkräfte-Gewinnung als zentrale Aufgaben**

Viele drängende Zukunftsaufgaben, gleichzeitig Dauerkrisenmodus – um den Öffentlichen Dienst krisenfest zu machen, braucht es vor allem eins: Menschen, die den Staat am Laufen halten und sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft annehmen. Die Umstände zwingen uns, ungewöhnliche, ja, erklärungsbedürftige Schritte vorzuschlagen.

Im Haushalt 2023 sind Personalaufwendungen in Höhe von 55,2 Millionen Euro veranschlagt, rund 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Stellenplan der Kreisverwaltung wächst um 47 Stellen. Davon sind bereits 27,4 von Bund und Land finanziert oder als Personalausgaben schon jetzt etatisiert. Neu zu finanzieren sind im Haushalt lediglich 19,6 Stellen. Anders als in den vergangenen Jahren lässt sich kein Schwerpunkt beim diesjährigen Stellenzuwachs ausmachen – er spiegelt vielmehr den allgemeinen Aufgabenzuwachs wider.

Aber wir müssen die Stellen auch besetzen können. Daher tun wir viel, um unsere Attraktivität als moderner Arbeitgeber weiter zu steigern.

In Zeiten des Fachkräftemangels konkurrieren wir mit vielen anderen Arbeitgebern. Deshalb möchte ich künftig so viele Stellen wie möglich unbefristet ausschreiben. Der Haushalt 2023 sieht bereits vor, zehn Stellen zu entfristen – die Arbeit ist dauerhaft vorhanden und ich möchte gutes Personal verlässlich an uns binden.

Heutzutage geht es nicht mehr nur um Personalgewinnung, sondern auch um Mitarbeiter-Bindung. Studien zeigen, dass inzwischen der Verdienst nicht mehr der wichtigste Faktor dafür ist. Deshalb setzen wir weiterhin stark auf die individuelle Qualifizierung und Förderung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über unser hauseigenes **Kompetenzentwicklungsprogramm und das Nachwuchsführungskräfteprogramm**.

In Umfragen spielt auch die Sinnhaftigkeit der Arbeit stets eine zentrale Rolle bei der Berufs- und Arbeitgeberwahl. Hier können wir auf alle Fälle punkten. Deshalb wollen wir künftig stärker nach innen und außen kommunizieren, was wir täglich für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis leisten. Dafür entwickeln wir aktuell unter breiter Beteiligung der Belegschaft eine **Marken-Philosophie** – um noch stärker im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu werden, aber auch, um die Wertschätzung und Motivation für alle im Haus zu stärken.

### **Haushalt 2023: Die Zukunft gestalten**

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg nehmen in der öffentlichen Wahrnehmung so großen Raum ein, dass sie eine andere Krise, die noch viel weitreichendere Folgen haben wird, nahezu überschatten: den Klimawandel.

Wir stehen vor massiven Transformationen und wissen nach den Erfahrungen der letzten Jahre mehr denn je, wie wichtig beispielsweise das Gelingen der Energiewende und die Schaffung nachhaltiger Mobilitätsangebote sind. Ein Haushaltsentwurf ist nie nur ein ökonomisches Konzept. Er ist eine gesellschaftliche Zukunftsvision und gibt uns die Möglichkeit, die anstehenden Transformationsprozesse mitzugestalten. Das wird aber nur gelingen, wenn wir auch die veränderten Rahmenbedingungen betrachten, unter denen die Kreisverwaltung agiert. Dabei muss die Nachhaltigkeit unser oberstes Gebot bleiben.

### **Nachhaltigkeit**

Zur Umsetzung des Ziels der Nachhaltigkeit, haben wir eine **Nachhaltigkeitsstrategie** beschlossen.

Diese wird aktuell erarbeitet und soll unter anderem auch einen **Klimaschutzplan** und eine **Bioökonomiestrategie** umfassen. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Ausbau erneuerbarer Energien sein. Insbesondere möchten wir die Chancen der Wasserstofftechnologie ausloten. Im Juli startete das Modellprojekt „**Hy-FIVE**“. Gemeinsam mit den Städten Ulm und Schwäbisch Gmünd sowie den Landkreisen Ostalbkreis, Heidenheim, Reutlingen und Tübingen wollen wir zeigen, wie in unserer Region grüner Wasserstoff als Energieträger in die Fläche gebracht werden kann.

Fahrt aufgenommen hat auch die **Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)**. Nachhaltiges Handeln ist nicht angeboren, sondern muss erlernt werden. Und je früher nachhaltiges Handeln erlernt wird, desto eher wird es verinnerlicht. Es freut mich deshalb besonders, dass sich alle

sechs Schulen des Landkreises für eine Zertifizierung nach dem neu eingerichteten BNE-Schulnetzwerk Baden-Württembergs entschieden haben. Das bedeutet, dass dort Bildung für nachhaltige Entwicklung künftig eine Leitperspektive in den Bildungsplänen sein wird.

### **Mobilität: Hohe Mehrkosten im ÖPNV**

Wichtige Schritte in Richtung Nachhaltigkeit haben wir bereits getan, vor allem im Bereich „Mobilität der Zukunft“. „Vom Alb-Donau-Kreis lernen“ titelte die Schwäbische Zeitung im August, als es um unser Modellprojekt im straßengebundenen **ÖPNV mit On-Demand-Busverkehren** und Taktungen ging.

Im Alb-Donau-Kreis haben wir im Buslinienverkehr die Zielausbaustufe für die Verkehrswende und den Klimaschutz bereits erreicht. Wir sind landesweit ganz vorne dabei. Was zurück steht, ist die Schiene. Hier sind Bund und Land zuständig. Der Ausbau des Schienenverkehrs bleibt deutlich hinter unseren Erwartungen zurück. Besonders bei der Donaubahn haben wir eine herbe Enttäuschung erlebt. Nach der Inbetriebnahme der Neubaustrecke S 21 und der Eröffnung des Bahnhofs Merklingen (Schwäbische Alb) sowie den Mehrverkehren auf der Südbahn und zwischen Ulm und Herrlingen wird sich auf der Schiene bis über das Jahr 2030 hinaus kaum mehr etwas bewegen. Verkehrswende – das hatte ich mir anders vorgestellt. Bund und Land sind jetzt gefordert, ihren Teil beizutragen.

Durch die **Mehrverkehre auf der Südbahn und der Donaubahn** sowie die Einführung unserer **ADKflex-Rufbusse** verbessern wir das ÖPNV-Angebot in diesem Jahr deutlich. Wenn nun noch der **Bahnhof Merklingen** und das neue **Busliniensystem auf der Laichinger Alb** am 11.

Dezember 2022 ihren Betrieb aufnehmen, erreichen wir eine Steigerung des ÖPNV-Angebots um rund 77 Prozent gegenüber dem Stand des Vorjahres – das ist ein Quantensprung! Und mit den **Neuvergaben der Linienbündel für die Bereiche Langenau und die Illerschiene** erreichen wir kreisweit flächendeckend weitestgehend das im Koalitionsvertrag formulierte Mobilitätsziel. Wir haben aber nicht nur in die Quantität des ÖPNV-Angebots, sondern auch in dessen Qualität und Nachhaltigkeit investiert. Durch eine **Änderung des Vergabeverfahrens** sind Kriterien wie Angebotsqualität, Zuverlässigkeit und Transparenz, wie auch der Einsatz emissionsarmer und emissionsfreier Fahrzeuge nun bei der Vergabe von Busverkehren entscheidend.

Klimaschutz kostet Geld. Das zeigt der Ausbau des ÖPNV deutlich: Was sich spürbar auf den Haushalt auswirkt, sind die Mehrkosten für die erheblich aufgestockten ÖPNV-Busverkehre. Hier schlagen die explodierenden Energiekosten voll durch. Anders als in der Corona-Pandemie gibt es weder für die Inflation noch für die gestiegenen Treibstoffkosten Ausgleichszahlungen von Bund und Land. Deshalb summieren sich die Ausgaben des Landkreises für alle Buslinienverkehre einschließlich der Kostensteigerungen für bestehende Verträge sowie die Mehrverkehre auf der Süd- und der Donaubahn auf geschätzte 16,9 Millionen Euro pro Jahr und hinterlassen 2023 unter Berücksichtigung aller Fahrgelderlöse, aller Erstattungen anderer Aufgabenträger und der Landeszuweisungen ein Defizit im ÖPNV von insgesamt rund 10,7 Millionen Euro.

Mit Blick in die Zukunft gibt es aber zur Verkehrswende keine Alternative. Die Kreistagsbeschlüsse für den massiven Ausbau des Busangebots und die Mitfinanzierung der Bahn-Mehrverkehre im Alb-Donau-Kreis waren richtig und wichtig. Damit haben wir alles getan, was möglich war.

## **Radwege**

Kein Verkehrsmittel hat eine so gute Umweltbilanz wie das Fahrrad. Wie in den vergangenen Jahren ist der Ausbau des Radwegenetzes ein wichtiger Schwerpunkt in unserer Kreispolitik. Auch 2023 sind wieder zahlreiche, teils kreisübergreifende Verbindungen in der Planung oder in der Umsetzung – rund 2 Millionen Euro stehen dafür allein in unserem nächsten Kreishaushalt bereit.

## **Kreisstraßen**

Das Rückgrat unserer Mobilität bilden aber die Straßen im Kreisgebiet. Das beste Busliniennetz nützt nichts ohne eine gut erhaltene und ausgebaute Infrastruktur. Zudem sind Straßen mehr als reine Verkehrswege für Autos, Busse und LKWs. Sie verbinden Menschen miteinander und haben deshalb eine hohe soziale Bedeutung.

Das hat uns in diesem Jahr die **Planungswerkstatt zur Zukunft der Sonderbacher Steige** deutlich gezeigt. Ihre lokale Bedeutung nimmt in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Stellung ein. Der Einbezug der Bürgerschaft in einen solchen Planungsprozess war für uns eine neue Erfahrung. Wir werden versuchen gemeinsam mit Ihnen, verehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, Anfang 2023 zu einer Lösung zu kommen, die langfristig trägt und sozial, ökologisch sowie ökonomisch nachhaltig ist. Ganz gleich, für welche Variante Sie sich entscheiden – in unseren Haushaltsdiskussionen sollten wir diesen künftigen Posten schon jetzt berücksichtigen.

Neben diesem Projekt beschäftigen uns im nächsten Jahr auch wieder diverse **Erneuerungen von Fahrbahnoberflächen** sowie mehrere **Brückensanierungen**. Insgesamt sind hierfür fast 1,8 Millionen Euro eingeplant.

Eine weitere wichtige Aufgabe wird die **Sanierung der Straßenmeistereien Merklingen und Langenau** sein. Aktuell ermittelt ein Büro die Grundlagen und den Raumbedarf. Nach den Beratungen im Gremium können wir dann voll in die Planung einsteigen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass auch hier hohe Investitionen nötig sein werden. Im Haushalt 2023 sind zunächst 500.000 Euro dafür eingestellt.

### **AWA 2023**

Als Beitrag zur Nachhaltigkeit möchte ich auch unser großes Projekt AWA 2023 nennen. Ab dem 1. Januar 2023 wird der Alb-Donau-Kreis flächendeckend ein einheitliches modernes, den heutigen und künftigen Anforderungen der Kreislaufwirtschaft entsprechendes Abfallwirtschaftssystem haben. Müll wird energetisch verwertet, recycelt oder zu wertvollem Kompost. Ein wahres Mammut-Projekt, das alle Bürgerinnen und Bürger im Kreis unmittelbar betrifft, befindet sich auf den letzten Metern der Zielgeraden und wurde mustergültig umgesetzt! Ein großes Kompliment und mein ganz herzlicher Dank an alle Beteiligten dafür!

### **Digitalisierung**

Beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur nehmen wir landesweit einen vorderen Platz ein. NetCom BW spricht offen von einer „Erfolgsgeschichte Alb-Donau-Kreis“, und dass bei uns mit Abstand am meisten

Projekte laufen und die meisten Netze in Betrieb gehen. Das ist der Erfolg einer großartigen Gemeinschaftsleistung von unseren Städten und Gemeinden mit dem Landkreis und Komm.Pakt.Net.

Nachdem das 651 km lange kreisweite Backbone-Netz praktisch komplett errichtet wurde, befinden wir uns inzwischen längst im Flächenausbau. Bereits 123 km FTTB-Trassen sind verlegt. Und auch im letzten Jahr konnten wieder zahlreiche Netze in Betrieb genommen werden.

Bislang wurden Glasfasernetze für über 100 Millionen Euro verbaut, weitere Ausbauprojekte im Umfang von rund 110 Millionen Euro sind in der Umsetzung. Durch die **OEW Breitband GmbH** wird die Geschwindigkeit im Gesamtausbau nochmals beschleunigt. Sie hat Glasfaserausbauprojekte in unserem Landkreis im Umfang von circa 314 Millionen Euro geplant. In der Summe werden also über eine halbe Milliarde Euro in kommunale Glasfasernetze investiert! Möglich wurde dies durch die großzügige Bundes- und Landesförderung, wofür ich dem Bund und insbesondere dem Land sehr herzlich danke!

Wenn die Umsetzung wie geplant läuft, wird der Alb-Donau-Kreis voraussichtlich ab 2025 flächendeckend gigabitfähig sein und damit – Spitze im Süden!

Die **5G-Mobilfunkplanung** hat in diesem Jahr ebenfalls gute Fortschritte gemacht. Und wie nützlich es ist, dass wir als erster Landkreis in Baden-Württemberg ein weitgehend flächendeckendes **LoRaWAN** (Low Range-Wide Area-Network) Netz installiert haben, zeigt die Pegelüberwachung im Bereich des Stehenbach mit all seinen Zuläufen, welches die Winkelgemeinden nun frühzeitig vor drohendem Hochwasser warnt. Dieses

Projekt verdeutlicht die vielen Potentiale einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur.

Uns war es im Alb-Donau-Kreis immer wichtig, nicht nur die „Hardware“ der Digitalisierung in Form der grundlegenden Glasfaser- und Funktechnologie zu schaffen, sondern auch die „Soft Skills“ zu fördern, um die Digitalisierung dezentral in die Fläche zu bringen. Die Arbeit unseres **Digitalisierungszentrums Ulm | Alb-Donau | Biberach** für die Unternehmen in der Region ist so erfolgreich, dass wir 2021 den Landkreis und die Stadt Neu-Ulm als weitere Kooperationspartner begrüßen konnten. Und im Juli dieses Jahres wurde das Digitalisierungszentrum in eine weitere Förderrunde des Landes aufgenommen. Ein Beleg für die gute Arbeit. Gut für unsere Region!

## **Schulen**

In unserer zunehmend digitalisierten Welt müssen Kinder und Jugendliche bereits in der Schule die nötigen digitalen Kompetenzen erwerben. Über den **DigitalPakt** des Bundes erhalten wir insgesamt 2,2 Millionen Euro an Fördermitteln für die sechs kreiseigenen Schulen. Zu Beginn des Schuljahres 2022/23 hat der Landkreis bereits 55 Prozent der Fördergelder ausgegeben, um die Schulen mit Servern, WLAN, Administratoren, einer zukunftsfähigen Netzwerkinfrastruktur und vielem mehr auszustatten. Für das nächste Jahr planen wir unter anderem, die Lernfabrik 4.0 um eine CNC-Mehrachs-Fräsmaschine im Wert von etwa 220.000 Euro zu erweitern.

Und mit dem neuen Schuljahr verfügen unsere drei beruflichen Schulen in Ehingen auch über die lang ersehnte Glasfaserinternetanbindung.

Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe, Zukunft und Entwicklung. Deshalb investieren wir auch 2023 in unsere Schulen. Ein Schwerpunkt ist hierbei die **Astrid-Lindgren-Schule**, die wir in gemeinsamer Trägerschaft mit der Stadt Ulm unterhalten. Für die Sanierung und Erweiterung um eine gemeinsame Mensa sowie um zusätzliche Betreuungsräume werden für den Alb-Donau-Kreis anteilig geschätzt rund 3 Millionen Euro fällig – 400.000 Euro davon im nächsten Jahr.

Auch die **Gustav-Werner-Schule** ist sanierungsbedürftig und bedarf einer Erweiterung. Ob die bauliche Substanz des Gebäudes dies überhaupt zulässt, muss noch untersucht werden – klar ist aber, dass wir hierfür 2025 und 2026 auf jeden Fall Finanzmittel bereitstellen müssen.

### **Gesundheitliche Versorgung**

Über unsere Unternehmensgruppe Alb-Donau-Kreis GmbH für Gesundheit und Soziales und ihre Einrichtungen investieren wir in die Gesundheit der Menschen, in ihr Wohlbefinden und ihre Produktivität. Investitionen in das Gesundheitssystem sind Investitionen in Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

Der Alb-Donau-Kreis hat ein qualitativ gutes, dezentrales Gesundheitsnetzwerk mit drei Klinikstandorten, die jeweils zu sektorenübergreifenden Gesundheitszentren ausgebaut sind, sowie ergänzenden medizinischen Versorgungszentren und mehreren Einrichtungen der Pflege. Das ist ein großer Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger in unserem ländlich strukturierten Landkreis.

## **Kliniken**

Für eine qualitativ hochwertige Versorgung entwickeln wir die drei Standorte unseres Alb-Donau Klinikums kontinuierlich weiter.

In **Langenau** konnte die Fachklinik für Innere Medizin in diesem Jahr ihren ersten Geburtstag feiern. Die Umbaumaßnahmen im Bettenbau, der Neubau einer Intensiv- und Intermediate Care Station, des ambulanten OP-Bereichs sowie einer Komfortstation sind inzwischen abgeschlossen. Die Arbeiten in der Notaufnahme und chirurgischen Ambulanz werden derzeit im laufenden Betrieb durchgeführt und sollen noch in diesem Jahr fertig werden.

Am **Klinikstandort Blaubeuren** mussten wir nach langer, intensiver, aber leider erfolgloser Suche nach Gynäkologinnen oder Gynäkologen zum 30. September die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe abmelden. Das ist ausgesprochen bitter, weil die Geburtshilfe in Blaubeuren bei der Bevölkerung sehr beliebt war und wir sie gerne weiter betreiben würden, wenn sich Ärzte dafür finden.

Am **Klinikstandort Ehingen** gibt es seit dem 1. Januar mit dem zweiten Herzkathetermessplatz und der neuen Sektion Elektrophysiologie einen weiteren spürbaren Ausbau des Leistungsspektrums im Bereich der Inneren Medizin und Kardiologie. Außerdem haben wir in der Urologie in ein neues Röntgensystem investiert.

Wir bieten Spitzen-Medizin und wollen das weiterhin tun: Für die Weiterentwicklung unseres gut aufgestellten Alb-Donau Klinikums möchten wir auch im kommenden Jahr 5,5 Millionen Euro investieren.

Das Alb-Donau Klinikum kam in den ersten neun Monaten 2022 trotz Corona-Einschränkungen wieder auf das Leistungsniveau des Jahres 2019. Das ist eine hervorragende Leistung, die sonst fast nirgendwo im Land erreicht wird. Dennoch müssen wir auch für das Jahr 2023 mit einem Betriebskostenzuschuss in Höhe von 6,8 Millionen Euro planen.

Zum einen resultiert dieser aus den bekannten Gründen – nämlich, dass die Betriebskosten über die bundesgesetzlich festgelegten Fallpauschalen nicht ausreichend finanziert werden. Baden-Württemberg ist hier stark benachteiligt. Wenn das Land mit den anerkannt besten Strukturen im Klinikbereich die höchsten Defizitquoten aufweist, dann stimmt etwas nicht im Krankenhaus-Vergütungssystem. Da muss man kein Finanzexperte sein.

Zum anderen stehen die Krankenhäuser aktuell den massiv gestiegenen Sachkosten durch die Inflation hilflos gegenüber. Die Energieversorger erhöhen die Preise sprunghaft und auch die meisten Zulieferer erheben inzwischen gewichtige Zuschläge. Anders als Dienstleister, Handwerker oder Supermärkte, können Krankenhäuser die Kostensteigerungen nicht weitergeben, weil die Preise für Krankenhausleistungen gesetzlich festgelegt sind. Der Bund muss hier dringend Abhilfe schaffen, sonst drohen Krankenhauspleiten!

Aber auch unser Alb-Donau Klinikum wird seine Anstrengungen zur Begrenzung des Betriebskostendefizits intensivieren müssen. Wir stehen in einer Reihe mit anderen, privaten Krankenhäusern und Kliniken kirchlicher Träger. Unsere Geschäftsführung weiß dies und nimmt meinen entsprechenden Auftrag ernst.

Unser finanzieller Handlungsspielraum im Kreishaushalt wird kleiner. Gleichzeitig liegen große Vorhaben vor uns, die massiv Geld kosten werden. Eines dieser Projekte ist der Neubau des Klinikums in Ehingen. Durch die höheren Zinsen und Baukostensteigerung der letzten Monate summieren sich die geschätzten Kosten aktuell auf knapp 300 Millionen Euro. Berücksichtigt man eine Förderquote von maximal 60 Prozent, so belastet dies unseren Kreishaushalt auf viele Jahre mit rund 9,5 Millionen Euro pro Jahr.

Unbestritten ist dieser Neubau sehr wichtig für die künftige stationäre Versorgung unserer Kreisbevölkerung. Ohne Neubau müssten alle zentralen Bereiche des Krankenhauses in den kommenden zehn Jahren grundsaniert werden. Und ein Neubau bietet die Möglichkeit, eine Klinik nach den heute geltenden Vorgaben zu bauen. Am Ende muss aber alles finanzierbar bleiben. Rechnet man den Betriebskostenzuschuss mit 6,8 Millionen Euro, die durchschnittlichen jährlichen Investitionen mit 8 Millionen Euro und die zusätzlichen jährlichen Kosten für den Neubau mit 9,5 Millionen Euro ergibt sich ein Finanzmittelbedarf in Höhe von 24,3 Millionen Euro pro Jahr. Das sind aktuell gut sieben Kreisumlagepunkte. Aus meiner Sicht müssen wir in eine intensive Diskussion einsteigen, ob wir uns das unter den gegebenen Vorzeichen in dieser Form leisten können.

### **Pflegeheime**

In der Pflege ist es sehr erfreulich, dass unsere Seniorenzentren mit ihren mehr als 600 stationären und teilstationären Plätzen unverändert sehr gefragt sind. Was uns hier wie auch in den Kliniken sehr beschäftigt, ist der Fachkräftemangel. Die extrem starke Zunahme des Einsatzes von sogenannten Honorarkräften in beiden Bereichen nimmt besorgniserregende

Ausmaße an und schlägt sich stark in den Betriebskosten nieder. Eines der Hauptziele der kommenden Jahre wird sein, hier wieder bessere und wirtschaftlichere Verhältnisse zu schaffen. Dazu sind erhebliche Anstrengungen in alle Richtungen notwendig.

### **Kreisbaugesellschaft**

Das von der Kreisbaugesellschaft gebaute Ärztehaus in Dietenheim ist inzwischen vollständig bezogen. Im April konnten wir eine große gastroenterologische Praxis eröffnen, die von unserem MVZ Ehingen als Zweigpraxis betrieben wird. Die Patientinnen und Patienten profitieren so vom großen Know-How aus dem stationären und ambulanten Bereich.

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

Sie sehen, unsere ADK GmbH ist sehr gefordert und arbeitet in jedem Segment mit hohem Engagement. Deshalb gilt mein herzlicher Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Unternehmensgruppe für ihren großen Einsatz. Stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Geschäftsführer Schneider und Ihnen Frau Geschäftsführerin Rist mit Ihren gesamten Führungsteams.

### **Tourismus**

Der Alb-Donau-Kreis ist ein hochattraktiver Lebensraum und Standort. Das zeigt sich auch im Bereich des Tourismus. Nach den beiden schweren Jahren der Corona-Pandemie erholt sich die Branche spürbar. Die **Übernachtungszahlen** sind schon wieder auf dem Niveau von 2019, das ist überaus erfreulich. Und auch die Welterbe-Stätten wie beispielsweise das **Urmu** in Blaubeuren verzeichnen wieder einen steigenden Zuspruch.

Der Inlandstourismus geht aus der Krise gestärkt hervor, das spüren wir im Alb-Donau-Kreis deutlich. Hier profitieren wir von den vielen, teils prämierten und gut beschilderten Strecken für **Rad- und Wandertouren**, aber auch von der positiven Entwicklung der Welterbe-Infrastruktur. Und mit der neu überarbeiteten **Wanderausstellung „Urformen – Figürliche Eiszeitkunst Europas“** möchten wir die Bekanntheit des UNESCO-Welterbes „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ weiter erhöhen.

Tourismus funktioniert nur im Verbund. Mit ihren verschiedenen Angeboten schaffen die Städte und Gemeinde Synergien und erhöhen gemeinsam mit uns die Attraktivität unseres Landkreises. Dafür danke ich allen Beteiligten sehr herzlich!

### **Zukunftsaufgaben: Ausbau erneuerbarer Energien und Erreichung der Klimaneutralität**

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,  
„Nachhaltigkeit“ war das zentrale Schlagwort meiner Haushaltsrede im letzten Jahr. In diesem Jahr habe ich öfter den Begriff der Krise benutzt. Nichtsdestotrotz bleibt für mich die Nachhaltigkeit die Leitmaxime unserer Kreispolitik. Denn gerade in Krisensituationen müssen wir uns darauf besinnen, was wirklich wichtig ist. Das ist gelebte Nachhaltigkeit!

Wichtig ist, die Lebensgrundlagen für unsere nachfolgenden Generationen zu sichern. Das ist eine Aussage, der wahrscheinlich der Großteil der Menschheit sofort zustimmt. In diesem Jahr haben viele von uns durch die Energiekrise aber erstmals eine Ahnung davon bekommen, was die Umstellung unserer Energiewirtschaft bedeutet, um die Klima-

schutzziele zu erreichen. Und was es heißt, in Zeiten des Wandels zu leben: Nämlich, dass eine Veränderung eintritt – ob man möchte oder nicht.

Wir können die Veränderung nicht aufhalten, wohl aber beeinflussen, wie sie ausfällt. Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir als Kreis unseren Beitrag zur Klimaneutralität leisten und bis 2040 die Treibhausgasneutralität erreichen. Den Weg dorthin wird unsere „Nachhaltigkeitsstrategie Alb-Donau-Kreis“ vorgeben, an der wir gerade intensiv arbeiten. Dieses Ziel ist sehr ambitioniert und wir müssen in die Gebäude und Ausstattung der Kreisverwaltung investieren.

Das ist aber nicht unsere einzige Zukunftsaufgabe: Die Digitalisierung sowie der Umstieg auf alternative Mobilitätskonzepte und -antriebstechnologien nehmen weitere Schlüsselrollen für den Klimaschutz ein. Ihr Ausbau hängt in hohem Maße von einem leistungsfähigen Stromnetz ab. Wenn fossile Brennstoffe in der Stromerzeugung ersetzt werden sollen, braucht es zeitnah einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien – das ist bereits seit längerem klar. Mit der aktuellen Energiekrise hat dieses Thema eine völlig neue Dringlichkeit erhalten. Damit wir nicht in naher Zukunft in ein gravierendes Stromversorgungsproblem hineinlaufen, müssen wir als Kreis den Ausbau erneuerbarer Energien offensiv unterstützen.

In den kommenden Jahren wird die Umsetzung einer generationengerechten, nachhaltigen Kreispolitik noch herausfordernder. Denn uns stehen auf absehbare Zeit weniger Mittel zur Verfügung, als in den vergangenen Jahren. Wenn wir künftig stärker als bisher Prioritäten setzen müssen, wird dies auch in der Gesellschaft zu größeren Diskussionen

und Auseinandersetzungen führen. Neben den politischen Rahmenbedingungen muss sich auch das gesellschaftliche Bewusstsein ändern. Dafür müssen wir uns alle als Multiplikatoren auf der kommunalen Ebene einsetzen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine Sache arbeiten und werben, die eigentlich alternativlos ist!

Ich bin überzeugt davon, dass uns dies gelingen wird. Der kommunale Zusammenhalt in unserem Landkreis ist vorbildlich. Und wenn wir eines aus den Krisen der vergangenen Jahre gelernt haben, dann, dass große Herausforderungen immer nur gemeinsam bewältigt werden können. Diesen Gemeinsinn und den Blick für das große Ganze nehme ich auch in unserem Gremium wahr.

Wir, Kreistag und Kreisverwaltung, haben in den vergangenen Jahren gemeinsam viele zukunftsweisende Projekte angestoßen. Wie fruchtbar und gut die Zusammenarbeit ist, zeigt sich an den vielen tollen Vorhaben, die wir nun in die Realität umsetzen. Sie sind sichtbarer Ausdruck dafür, dass wir alles dafür tun, den Alb-Donau-Kreis zukunftsfähig und nachhaltig zu entwickeln.

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, dies und auch der neue Haushalt 2023 sind Belege für Ihr großes Engagement!

Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und besonders auch den Führungskräften, meinem Stellvertreter Markus Möller, den Dezernenten Johannes Müller, Stefan Tluczykont und Josef Barabeisch sowie unserem Kommunalamtsleiter Stefan Freibauer.

Ebenso danke ich allen, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben, zuvorderst unserem Finanzdezernenten Johannes Müller mit seinem Team um Verena Bicker.

Ihnen allen danke ich für Ihre nachhaltig engagierte Arbeit als Kreisrätinnen und Kreisräte – zweifellos eine große Stärke unseres Kreises.

Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen und Beschlüsse.

**Es gilt das gesprochene Wort!**